



Detailansicht des Registereintrags

Plattform Shared Mobility

Stand vom 04.02.2026 09:14:27 bis 10.04.2026 14:29:27

Branchenplattform

Registernummer:	R003678
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	04.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: c/o elfnullelf GmbH Leipziger Platz 16 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49308471226808 E-Mail-Adressen: geschaeftsstelle@shared-mobility.eu Webseiten: https://shared-mobility.eu/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dustin Williams**
Funktion: stell. Vorsitzende
2. **Martin Becker**
Funktion: Vorsitzender
3. **Alexander Jung**
Funktion: Vorsitzender AG Mikromobilität
4. **Friedrich Kabler**
Funktion: Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Anna Montasser**
Tätigkeit bis 12/21:
Referentin EU2020
im Auswärtiges Amt (AA) oder dessen Geschäftsbereich
2. **Paula Böcken**
3. **Ediz Rehberg**
4. **Jenovan Krishnan**
5. **Dustin Williams**
6. **Martin Becker**
7. **Alexander Jung**
8. **Friedrich Kabler**

Gesamtzahl der Mitglieder:

4 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zweck der Interessenvertretung führt die Plattform Shared Mobility strukturierte Hintergrund- und Fachgespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie mit dem BMV und weiteren Ressorts, erarbeitet Stellungnahmen zu Referentenentwürfen und Gesetzes-

/Verordnungsverfahren (u. a. PBefG, eKFV, FZV), beteiligt sich an Konsultationen, veröffentlicht datenbasierte Positionspapiere und organisiert Fachrunden/Parlamentarische Abende. Die Kontakte richten sich primär an Abgeordnete, Fraktionen, Fachreferate und Abteilungen auf Bundesebene; bei Vollzugsfragen auch an Länder- und Kommunalvertretungen. Die Interessenvertretung erfolgt ausschließlich im eigenen Interesse der Mitgliedsunternehmen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. PBefG: Rückkehrpflicht für Mietwagen flexibilisieren/aufheben

Beschreibung:

Ziel ist, die Rückkehrpflicht für Mietwagen zu streichen bzw. zu flexibilisieren, um Leerfahrten zu vermeiden und On-Demand-Verkehre zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

PBefG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512010041 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

2. Nachweis der Fachkunde zur Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung

Beschreibung:

Ausgestaltung des Fachkundenachweises: das Berufsfeld Fahrgastbeförderung muss weiterhin niederschwellig und unbürokratisch zugänglich sein. Notwendige Kenntnisse und Voraussetzungen sind bereits ohne einen Fachkundenachweis sichergestellt.

Betroffenes geltendes Recht:

FeV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280088 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften zur Erprobung von Kfz mit ferngesteuerter Fahrfunktion (StVFernLV)**

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben soll den Rechtsrahmen für die Erprobung von Kfz mit ferngesteuerten Fahrfunktionen liefern, ohne einen Mehraufwand für Halter zu erzeugen und das Zusammenwirken mehrerer Fahrmodi erlauben.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften zur Erprobung von Kraftfahrzeugen mit ferngesteuerter Fahrfunktion

Datum des Referentenentwurfs: 06.05.2024

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Digitales und Verkehr \(BMDV\) \(20. WP\) \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AFGBV \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406280087 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Überarbeitung der eKfV**

Beschreibung:

Die Elektrokleinstfahrzeugeverordnung (EKfV) steht nach 5 Jahren zur Novellierung an. Ausgangsbasis sind die Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen. Auf Basis der praktischen Anwendungserkenntnisse durch Anbieter von mietbaren EKfV sollen Änderungen der Vorschriften zu einer Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit führen, wie etwa durch Einführung von Fahrtrichtungsanzeigern und der weitergehenden Gleichstellung mit Fahrrädern im Straßenverkehr zum Abbau von für Verkehrsteilnehmer

nicht ersichtlichen Unterschiede (z.B. Verkehrszeichen bei der Nutzung von Geh- und Radwegen und Einbahnstraßen). Zudem soll die Regel zum jährlichen Wechsel der Versicherungskennzeichen wegen hoher Bürokratielasten für Flottenbetreiber geändert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 26.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

eKFV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2409300139 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

2. SG2509300235 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. PBefG: Mindesttarife für Mietwagen ausschließen

Beschreibung:

Ziel ist, behördlich festgelegte Mindesttarife für Mietwagen zu verhindern, um eine verbraucherfreundliche, dynamische Preisbildung zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

[PBefG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

[Personenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Straßenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrsinfrastruktur \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrspolitik \[alle RV hierzu\]](#)

6. VwVfG/EGovG: Digitalisierte Genehmigungs- und Anzeigeprozesse

Beschreibung:

Bundesweit standardisierte e-Antrags- und Fristprozesse für Genehmigungen im Gelegenheits- und Mikromobilitätsbereich verankern.

Betroffenes geltendes Recht:

[VwVfG \[alle RV hierzu\]](#); [EGovG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

[Personenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Straßenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrsinfrastruktur \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrspolitik \[alle RV hierzu\]](#)

7. Viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV): Abschaffung Verkehrsjahr in § 3 Abs. 3 FZV ab 1.3.2025

Beschreibung:

Ziel ist die Abschaffung des Verkehrsjahres für zulassungsfreie Fahrzeuge (einschl. eKF), um den jährlichen Kennzeichenwechsel für Flottenbetreiber zu beenden.

Betroffenes geltendes Recht:

[FZV 2023 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

[Personenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Straßenverkehr \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrsinfrastruktur \[alle RV hierzu\]](#); [Verkehrspolitik \[alle RV hierzu\]](#)

8. Haftung bei Unfällen mit Elektrokleinstfahrzeugen im Straßenverkehr

Beschreibung:

Der Entwurf schlägt eine Änderung der Haftungsprivilegierung für langsam fahrende Fahrzeuge wie elektrische Tret- und Stehroller (E-Scooter) in § 8 Nr. 1 StVG vor. Dort wird eine Ausnahme für Elektrokleinstfahrzeuge vorgesehen. Für sie gelten damit künftig die verschuldensunabhängige Halterhaftung nach § 7 Abs. 1 StVG und die Haftung des Fahrzeugführers aus vermutetem Verschulden gemäß § 18 Abs. 1 StVG.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Haftung bei Unfällen mit Elektrokleinstfahrzeugen im Straßenverkehr (Vorgang)
[alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601190001 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

9. **Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr**

Beschreibung:

Umsetzung der überarbeiteten IVS-Richtlinie sowie Durchführung dazugehöriger EU-Rechtsakte betr. die Einführung, den Betrieb und die Qualitätssicherung von intelligenten Verkehrssystemen (IVS) zur Förderung der Digitalisierung, Interoperabilität, Transparenz, Effizienz und Sicherheit im Verkehrssektor

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2999 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern und die Datenbereitstellung über den Nationalen Zugangspunkt
Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PBefG [alle RV hierzu]; IVSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602040004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.01.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

60.001 bis 70.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Bolt
2. Lime
3. Uber
4. Voi